

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich; zweimal, am Mittwoch
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher.)
Bezugspreis wird monatlich schiefelt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die
Verleger, die Zeitungsboten und die
Buchhandlungen, Postämter, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Be-
lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. März
Mitarbeiter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einzeln Umkleer, Scherz-
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesghall.

Nr. 34.

Wittwoch, den 28. April 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der vom Völkerrat einberufene Ausschuss zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist in Genf eröffnet worden.
- Die in Amerika so erfolgreichen deutschen Meisterschwimmer Mademacher und Frölich trafen, über Hamburg kommend, in Berlin ein. Sie wurden an beiden Orten feierlich begrüßt und werden auch vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen werden.
- Der badiische Staatsminister a. D. von Brauer ist in Baden-Baden gestorben.
- Die berühmte schwedische Schriftstellerin und Vortragslerin für die Frauen Ellen Key ist gestorben.

Konfliktstoff innen und außen.

Uns politisch gut unerrichteten Kreisen wird uns ge-
schrieben:

Zusammentritt des Reichstages, der Dienstag
seine Arbeiten beginnt, Zusammentritt des Auswärti-
gen Ausschusses — da weiß man, daß die Politik
wieder Doppelkontinuität hat. Und um Beratungsstoff hoch-
politischer Art ist weder der Auswärtige Ausschuss noch
der Reichstag in Verlegenheit. Beratungsstoff außen-
politischer Art, Beratungsstoff aber auch innen-
politischer Art gibt es die Fülle und Fülle. Da ist
zunächst das deutsch-russische Bündnis. Man
wird viel darüber sprechen und debattieren, ob die außen-
politischen Wirkungen dieses Bündnisses, das am Sonntag
in Moskau in ausfallender feierlicher Form unter-
zeichnet worden ist, nun als ein deutscher Erfolg zu buchen ist
oder nicht. Es gibt Strömungen in Deutschland, die
diesen Vertragsabschluss deswogen ablehnen, weil er in Lon-
don und Paris Mißtrauen gefüt haben soll. Auf der
anderen Seite werden von der parlamentarischen Opposi-
tion die Deutschnationalen diesen Vertragsabschluss
billigen, weil dadurch ein besonderes Beden-
ken dieser Partei gegen die Entwicklung von Locarno
und Genf beseitigt wird: die einseitige Bindung nach dem
Westen. Der Führer der Deutschnationalen, Graf
Wolff, hat Sonntag auf diesen Punkt hingewiesen. Es
war von der Reichsopposition immer betont worden, daß
Locarno ebenso viel Genf uns auf Geheiß und Verberd
den Westen ausbündelt. Durch den deutsch-
russischen Vertrag ist diese Behauptung ausgemittelt worden
und infolgedessen wird der Leiter der deutschen Außen-
politik, Dr. Stresemann, in diesem Punkte die Will-
kung auch seiner innenpolitischen Gegner finden.

Eine Willigung, die sich allerdings lediglich auf den
deutsch-russischen Vertrag beschränkt. Die Gegner
gegen die Locarno-Politik als solche hat man schon
einmal besonders in die Besondere Aufmerksamkeit gefanden.
Das sind die Ausführungen, die der bayerische
Ministerpräsident Selb auf einer Tagung der
Bayerischen Volkspartei in Regensburg gemacht hat und
die sich sehr deutlich gegen die Locarno-Politik der Reichs-
regierung wenden. „Was wir bisher von Locarno erlebt
haben, ist nur eine Serie von Enttäuschungen; das gilt be-
sonders für die Welt, wo die Dinge eher noch schlechter
geworden sind als sie es schon waren“, sagte Selb. „Er ist
sogar noch weitergegangen; er hat den Völkerrat als
ein Instrument der Siegerstaaten bezeichnet, das den
Zweck habe, uns an die Wand zu drücken. Deutschland
kann sich außerhalb des Völkerrates viel stärker geltend
machen, als es im Völkerrat möglich ist, und es ist eine
Frage für sich, in die Völkerratskommission hinauzu-
gehen ohne zu wissen, welche Zuständigkeit diese Kom-
mission hat.“ sagte Selb und wendete sich schließlich gegen
eine Weisepolitik, die sich stimmungsgemäß antwortlich ein-
stellen müsse; das Ganze ist also eine scharfe Kritik der
offiziellen deutschen Reichspolitik. Damit ist ein innen-
politischer Konflikt geschaffen, der weit schärfer ist als
jener, den die Rede Selb gegen die internationalen Ab-
geriffe in Genf und die Rede Selb gegen Dr. Strese-
mann im Reichstage ganz unverbüßelt zueinander wurde.
Bietet also die auswärtige Politik des Reiches Kon-
fliktstoff genug, so ist natürlich die brennende Frage der
Führer in einem Augenblick nicht minder schwerwiegen-
der innenpolitische Konfliktstoff. Was der Reichsausschuss
schließlich zutage fördern wird, ist gänzlich ungewiß; die
wenigen Tage, die bisher mit der Beratung des Kom-
missionen haben schon gezeigt, daß viele Frage zu sehr weitgehenden
innenpolitischen Umstellungen führen könnte. Es ist
gar nicht ausgeschlossen, daß der Kampf um diese Vorlage
zu einer völligen Umstellung der Regierung und
einer Koalition führen kann. Man munkelt sogar schon von
einer Reichstagsauflösung; doch scheint ein der-
artiges letztes Mittel wohl abhänig gemacht zu werden

von dem Ausgang des Volksentscheides, der ja
allein instande ist, ein Bild von dem Ausgang einer
solchen Auflösung zu machen.

Weibes, außer- wie innenpolitische Probleme, sind
natürlich auch wieder nicht getrennt zu betrachten. Eine
andere Orientierung der deutschen Politik, innenpolitisch
gesehen, würde natürlich auch wieder ohne eine außen-
politische Umstellung nicht zu denken sein. Die Basis, auf
der das Kabinett Dr. Luther-Stresemann steht, ist so
schmal, daß sie eine Erschütterung, wie sie durch die
Rede Selb erfahren hat, unter Umständen nicht ertragen
könnte. Es ist wohl damit zu rechnen, daß Dr. Luther,
der immer größtes Gewicht auf Klärung der Situation zu
legen pflegt, sehr bald auch jetzt wieder eine solche Klärung
herbeiführen wird. Die Reaktionen, die von der
deutschen Volkspartei her zu den Deutschnationalen
hinübergehen, sind gerade in letzter Zeit sehr stark
betont worden; selbstverständlich ist das nicht ohne eine
gewisse Absicht geschehen. Die Gegenläufe der Regierungs-
koalition gegen die Linksoption andererseits sind zweifel-
los sehr scharf geworden; das beschränkt sich nicht bloß
auf die angebotenen innenpolitischen Probleme, sondern
auch auf die Außenpolitik — nicht das Ziel unserer Außen-
politik. Die Luft ist also mit Konfliktstoffen gesättigt.
Die Frage des Volksgehrens über die Aufwer-
tung kommt noch hinzu, so daß es fast ein Verdienst wäre,
wenn sich diese gespannte Lage recht schnell in einem
reintenden parlamentarischen Gewitter entladen würde.

Deutsch-russischer Vertrag. Der Wortlaut des deutsch-russischen Vertrages.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken, von dem Wunsch geleitet,
alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen
Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das
Interesse des deutschen Volkes und der Völkler der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken eine feste vertrauensvolle
Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen
ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen
besonderen Vertrag zu bekräftigen, und haben zu diesem Zwecke
zu Bevollmächtigten ernannt: Die deutsche Regierung: den
Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Dr. Gustav Strese-
mann, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-
republiken: den außerordentlichen und bevollmächtigten Boten-
schafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herrn
Nikolai Nikolajewitsch Krestinski, die nach Austausch ihrer
gegenseitig und gegenseitig Form befundenen Vollmachten nach-
folgende Bestimmungen vereinbart haben.

Artikel 1.
Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bleibt der
Vertrag von Rapallo.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken werden in freundschaft-
licher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden
Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirt-
schaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 2.
Sollte einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen
Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten
Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertrag-
schließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität
beobachten.

Artikel 3.
Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 er-
wähnten Art zwischen zwei oder mehreren der vertragsschließenden
Teile in freundschaftlichen Beziehungen der beiden, zwischen dritten
Mächten eine Konvention zu dem Zwecke
geschlossen werden, gegen eine der vertragsschließenden Teile
eine wirtschaftlichen oder finanziellen Sanktion zu verhängen,
so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen
Konvention nicht anschließen.

Artikel 4.
Dieser Vertrag ratifiziert und die Ratifikationsur-
kunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsur-
kunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren.
Die beiden vertragsschließenden Teile werden sich rechtzeitig
vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer
Beziehungen verständigen.

Zu Ratung beider haben die Bevollmächtigten diesen Ver-
trag unterzeichnet.
Ausgegeben in doppelter Urschrift in Berlin am
24. April 1926.

(ges.) Stresemann.
(ges.) Krestinski.

Amtlicher Notenwechsel.

Das deutsche Schreiben.

Die deutsche Note nimmt Bezug auf die vorhergehenden
Verhandlungen und stellt dann fest, daß beide Regierungen
von der Auffassung ausgegangen sind, daß der von ihnen in
Artikel 2 des Vertrages festgelegte Grundtatbestand der
Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam berührenden
Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu
der Erhaltung des allgemeinen Friedens beiträgt und
beitragen wird. In diesem Sinne haben die beiden Regierungen
auch die grundsätzlichen Verhandlungen erörtert, die mit
dem Eintritt Deutschlands in den Völkerrat zusammenhängen.
Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Zugehörig-
keit Deutschlands zum Völkerrat kein Hindernis für die
freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen
Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
bilden kann. Der Völkerrat ist seiner grundlegenden
Idee nach zur friedlichen und gerechten Auslegung interna-
tionaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regierung ist
entschlossen, an der Bewirkung dieser Idee nach Kräften
mitzuarbeiten. Sollten hingegen, was die deutsche Regierung
nicht annimmt, in Rahmen des Völkerrates irgendwelche
etwa Verletzungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener
grundlegenden Friedensidee, einheitlich gegen die Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde
Deutschland beratigen Bestrebungen mit allem Nachdruck
entgegenwirken.

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grund-
sätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die lokale
Beobachtung der Verpfändungen beeinträchtigt werden kann,
die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerrat
aus den Verträgen 16 und 17 der Völkerratung über
das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach diesem Versteht
säme ein Sanktionsverfahren gegen die Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Zusä-
tzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der Sozia-
listischen Sowjetrepubliken einen Angriffszug gegen einen
dritten Staat eröffnete.

Das Schreiben ist unterzeichnet von dem Reichsaußen-
minister Dr. Stresemann.

Die russische Antwort.

Der russische Botschafter Krestinski antwortet:
Beide Regierungen sind bei den Verhandlungen über den
Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von
der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1
des Vertrag festgelegte Grundtatbestand der Verständigung
über alle die beiden Länder gemeinsam berührenden
Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich zu
der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. Jedem-
falls werden sich die beiden Regierungen bei ihren
Austausch der Verfügungen der. Wörtlichkeit der
Erhaltung des allgemeinen Friedens leiten
lassen.

Um für die reibungslose Erledigung aller zwischen ihnen
aufstaudenden Fragen eine sichere Grundhaltung zu schaffen
halten die beiden Regierungen es für zweckmäßig, alsbald
in Erörterungen über den Abschluß eines allgemeinen Ver-
trages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teiles
etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere
die Möglichkeiten des freundschaftlichen Verkehrs und des
Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen.

Auslands auswärtige Politik.

Rutinow über den deutsch-russischen Vertrag.

In der Schlussitzung des Zentralerekutivkomitees der
Sowjetunion in Moskau kann der stellvertretende Volks-
kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Rutinow,
nachdem er sich gegen den Völkerrat und gegen die Ab-
stimmungskonferenz in Genf gewandt hatte, auf den Ab-
schluß des deutsch-russischen Vertrages zu sprechen. Er führte hierbei aus:

Der deutsch-russische Vertrag beruht auf der über-
zeugung der Regierungen beider Länder, daß es im
Interesse beider Länder liegt, auf gegenseitigen Ver-
trauen beruhende Freundschaft zu festigen und zu vertiefen.
Der Vertrag enthält keine geheimen Klauseln und
es bestehen keine geheimen Protokolle als Ergänzung zu
ihm. Der Berliner Vertrag stellt lediglich eine Prä-
zisierung des Vertrages von Rapallo dar,
der seine Entstehung den freundschaftlichen Beziehungen
der gefährlichen autokratistischen Regierungen, in wel-
cher sich damals die beiden Länder befanden. Rutinow
wies auf die im Gegensatz zu anderen Mächten von Aus-
land geführte Außenpolitik hin und fuhr dann fort:
Die von der europäischen Diplomatie und Presse kürzlich
aufgeworfene Frage, ob der Berliner Vertrag im
Widerspruch zum Geiste von Locarno stehe,
ist eine Frage, die eher an Deutschland als an die Sowjet-
union gerichtet ist. Diese braucht sich vor niemandem

wo sie sich dann verlor. Nachträglich wird auch noch ein Einbruch aus Baitin beim Landwirt Krüger bemerkt. Die Diebe drangen in die Zimmer ein, schloßen die öffentl. Schlüsselläden, in welcher neben den schlafenden Einwohnern noch der Hund lag, und durchsuchten die Kisten. Sie fanden wenig Mitnehmbares. Eine volle Kiste Zigarren stießen sie ein, erwarfen sich aber großartig, indem sie dem Besitzer eine Zigarre und 1 Streichholz bereitzogen. Nachdem sie sich noch beim Glase Wein und einer Wäsche Einlöswurfs gefächelt hatten, verließen sie die Bestung.

Domnighs, 25. April. Am Sonntag fand der übliche Gefellenausgang statt. Schon in aller Frühe zog Musik durch die Straßen, um die Schläfer auf den Festtag aufmerksam zu machen. Die Straßen waren mit Laubstiel und Föhren geschmückt. Im Laufe des Vormittags zogen Abordnung von Gefellenevereinen aus Mittenberg, Torgau, Annaburg und Jessen in unser Städten ein. Nachmittags 2 Uhr ordneten sich die Festteilnehmer zum Zug nach dem Markte, wo aus dem Markthaus die Föhren abgeholt wurden. Danach wurde der Festzug, der in seinen einzelnen Gruppen einen recht malerischen Eindruck machte, formiert. Da waren alle Berufe unseres Städtchens vertreten. In fleißiger Gefellentracht zogen die Bäcker und Konditoren, — die Gruppe des Torgauer Bäder- und Konditoren-Gefellenevereins fiel besonders auf — vorüber. Dann kamen Schlosser, Schreiner, Korbmacher, Maler, Schmiede und wie sie alle heißen, ihre Innungsuniforme vor sich hergetragen. Den verheißungsvollen Aufschlag bildete ein gewaltiges, von zwei Pferden gezogenes Bierloß. Das sonntige, aber etwas kümmerliche Wetter hatte eine Anzahl Zuschauer auf die Straße gelockt. Am Abend fand der übliche Ball statt.

Torgau, 26. April. Ein größerer Waldbrand entstand aus bis jetzt unbekannter Ursache auf dem Fiskus gehörenden Gelände zwischen Bewitz und Sigenroda. Das Feuer gewann bei dem am Sonntag mittag herrschenden starken Winde schnell ungeheure Ausdehnung. Es sind etwa 100 Morgen Jungholz verbrannt. Die Weiden der umliegenden Ortshäuser, sowie die alarmierten Mannschaften des Torgauer Stahlheil-, Mehrwold- und Schornhork-, im Verein mit einem starken Kommando Sappo und Reichswehr, gingen dem Brand durch Abholzungen und Gegenwehr schnell zu Leibe, so daß gegen 4 Uhr nachmittags die Gefahr für den angrenzenden Hochwald und die dahinter liegenden Ortshäuser beseitigt war. Der Schaden ist groß.

Torgau, Das Schloß Hartensfelde mit seinem großen und herrlichen Räumern liegt seit der vor kurzem erfolgten Auflösung des Lehrerseminars unbenutzt. Es war geplant, das Seminar durch die Aufbauschule ablösen zu lassen, doch haben sich bekanntlich die Stadtverordneten nicht zu den hierfür notwendigen Ausgaben entschließen können. Die Frage der weiteren Verwendung des Schlosses hat den Fiskus bereits beschäftigt. Es scheinen Erwägungen, das Amtsgericht und Landgericht, die jetzt bei der Stadt zur Miete wohnen, dort unterzubringen.

Mittenberg, 23. April. Die Stadtverordneten bewilligen in ihrer letzten Sitzung 96 200 Mark für die Ausführung von Straßenbauarbeiten, die als Hofstraßenarbeiten ausgeführt werden sollen.

Mittenberg, 23. April. In schwerverlettem Zustande wurde der 20 Jahre alte Dienstknecht Alfred Böhse, gehörig aus Bietigheim, beim Gutsbesitzer Brandt in Dorna in Stellung, in das heimische Bant-Gerhardt-Stift eingeliefert. B. wollte mit einem gespannten Wagen nach dem Felde fahren und ist durch irgend eine Ursache vom Wagen gefallen. Das Gespann ging über ihn hinweg und zog B. sich so schwere innere Verletzungen zu, die eine Ueberführung nach hier nötig machten. B. ist leider seinen Verletzungen erlegen.

Aropfädt, 23. April. Heute vormittag erhängte sich auf dem Scheunendeck des ehemaligen Schulhauses der 18 Jahre alte Töpfer Otto Alf. Was den jungen Mann zu dieser Tat veranlaßt hat, steht nicht fest. A. hatte am

vergangenen Montag ausgemerkt und seine Gefellenprüfung beklungen.

Liebenwerda, 23. April. Der Kreisrat des Kreises Liebenwerda befahl sich in einer ausgedehnten Sitzung mit der Beratung des Haushaltsplanes, der mit 997 000 Mark balanziert. Zum Ausgleich werden die Kreisveranschlagungen von 28 auf 45 Hundertel erhöht werden. Es wurde angeregt, auch die Entschädigungen der Abgeordneten zu vergrößern. Die Einführung einer ländlichen Fortbildungsschule im Kreise Liebenwerda für die männliche und weibliche Jugend, die jährlich etwa 20 000 Mark kosten würde, mußte mit Rücksicht auf die stark angespannte Finanzlage der freis-ingelassenen Bevölkerung abgelehnt werden. Die Aufnahme mehrerer Dalesen von insgesamt 280 000 Mark für die Vogel-Prozesse, Ausbau des Moorabtes in Liebenwerda und Straßenbau Mühlberg-Richtenberg, wurden genehmigt.

Jägerndorf. In selbstmörderischer Absicht sprang in Abwesenheit ihrer Eltern die 19 jährige Tochter Frieda des Verlademeisters Albert S. in einer in der Nähe der Neustadtfurter Werke gelegenen Teich und ertrank. Unheilbares Leiden soll die Ursache dieses unglücklichen Schrittes gewesen sein. Erst vor einigen Wochen aus dem Krankenhaus entlassen, sollte sie jetzt wieder in einer Heilanstalt untergebracht werden.

Oberlobiciu. In der Nacht zum 17. April wurde von ruchlosen Händen das Denkmal am Dorfeingang von Oberlobiciu, das die Familie Brandt, Oberlobiciu, zum Andenken an ein 1871 gefallenes Familienmitglied errichtet hatte, zerstört. Die Täter sind halbwidrige Burthen, die am Abend ihr Unwesen auf der Straße treiben.

Schlussdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 26. April.

Unangenehmer Grundbrand.

Liebenwerda. Ein unangenehmer Grundbrand brach infolge Selbstentzündung im Saagbau der Raumbühnenreihe „Kautze“ aus. Sieben Feuerwehren waren an der Brandstätte tätig. Die Löscharbeiten waren erschwert dadurch, daß sich die 2 Böschungen der Grube im Flammenmeer erstreckten. Der Schaden an Gerätschaften und Grubenmaterial soll erheblich sein.

100 Morgen Jungholz vernichtet.

Torgau. Ein Waldbrand vernichtete im hiesigen Forst zu Sigenroda, rund hundert Morgen Jungholz. Die Feuerwehren, die Torgauer Schuttpolizei und die Reichswehr be kämpften den Brand durch Abholzung, so daß die Gefahr für die umliegenden Ortshäuser beseitigt werden konnte. Der Schaden ist groß.

Autounfall bei Gosewitz.

Siegen. Während eines Gewitters wurden ein 22 jähriges Mädchen bei Radfahrerfahrten mit seinem Begleiter von einem Personentrainwagen angefahren, dessen Führer, der nur mäßige Fahrt fuhr, so daß im Blick für einige Augenblicke nach hinten war. Das Mädchen war sofort tot, der Mann wurde schwer verletzt.

Greifener in Neppen.

Neppen. In dem Sägewerk der Firma Franz Schulz brach in einem Schuppen ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und bei der raschen Wahrung und dem starken Winde das ganze Werk erfaßte. Trotzdem die Feuerwehr sofort zur Stelle war, gelang es nicht, den Brand erfolgreich zu bekämpfen, so daß das gesamte Werk mit den Gattern ein Raub der Flammen wurde.

Die Friedensvorschlüge der Marotto-Altieren.

Paris. Nach einer Vorabmeldung legte die französisch-spanische Friedensdelegation in Widja bei Beginn der heutigen Verhandlungen folgende Vorschläge vor: 1. Gefangenenaustausch auf paritätischer Basis, 2. Befreiung der wichtigsten strategischen Punkte, 3. sofortige Entwaffnung der aufständischen Stämme, 4. Errichtung einer paritätischen Polizeitruppe. Die Verhandnung Abdel-Krimis, die Frage der Souveränität des Sultanats von Marokko und die Verwaltung des Rifgebietes sollen später Verhandlung vorbehalten werden. Man hofft in allernächster Zeit, bei Ende der Woche eine Verständigung herbeiführen zu können.

— Mit 50 Pfg. ein reicher Mann zu werden, ist eine Leistung, die keinerlei besondere Anstrengungen erfordert: Be trachten Sie sich aktiv an der Reichs-Gesundheits-Wache, — leben Sie für die Dauer von 8 Tagen Ihrer Gesundheit, — trinken Sie während dieser Zeit Rathmeyers Malzlatte (1 Pfd. 50 Pfg.) und beobachten Sie die Wirkung. Sie werden ihn dann immer trinken. Sie werden ihn gern trinken. Sie werden gesund sein. Sie werden reicher als ein kranker Millionär sein.

Polizeiverordnung, betr. das Halten und den Gebrauch von Hunden.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, sowie des Mittels III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirktes Merseburg folgendes:

§ 1. Bösartige und bissige Hunde, die sich außerhalb von Gebäuden, geschlossenen Gehäusen, Gärten oder anderen Räumern befinden, müssen mit einem zweckmäßig eingerichteten Maulkorb versehen sein, der den Hund das freie Atmen und Abführen der Zunge gestattet, das Weisen aber unmöglich macht.

Als bösartig oder bissig im Sinne dieser Verordnung ist insbesondere auch derjenige Hund anzusehen, welchen die Ortspolizeibehörde dem Besitzer durch schriftliche Eröffnung als solchen bezeichnet.

Einem Ziehunde muß, auch wenn er nicht bösartig oder bissig ist, ein vorrichtungsmäßiger Maulkorb im Sinne des Abs. 1 angelegt werden, sobald das Fuhrwerk hält und vom Führer unbeaufsichtigt stehen gelassen wird. Im übrigen ist ein vorgepannter Ziehhund vom Maulkorbbzwange befreit, solange er sich unter der unmittelbaren Aufsicht seines Führers befindet.

§ 2. Jeder Ziehhundbesitzer ist verpflichtet, auf Grund eines hieraufhin erteilten Erlaubnis vom Anspannen des Hundes bei der Ortspolizeibehörde nachzusuchen.

Er ist ferner verpflichtet, eine Decke oder andere geeignete Unterlagen für den Hund zur Verwendung beim Halten des Wagens, sowie einen Napf zum Tränken des Hundes mit sich zu führen.

§ 3. Die Verwendung von Ziehherunden zum Treiben von Schlägeln oder Handelsschiffen innerhalb geschlossener Ortschaften wird unteragt.

§ 4. Wer diese Verordnung zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. im Nichtbetreibungsfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Mit diesem Tage treten alle denselben Gegenstand betreffenden von mir erlassenen Vorschriften außer Kraft, mit Ausnahme der Vorschriften zur Bekämpfung der Tolltollt.

Merseburg, den 17. April 1926.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Infolge Gleisumbau wird am Mittwoch, den 28. ds. Mts. von vorn. 6 Uhr bis nachm. 4 Uhr der Feldweg an der Schrankenbude 153 für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Annaburg, den 24. April 1926.

Der Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Der angeforderte Bulle bei Herrn Landwirt und Bäckermeister Helm hier, kann ab heute wieder zum Dedon von Rügen benutzt werden.

Annaburg, den 27. April 1926.

Der Gemeinde-Vorstand.

Landwehr-Verein Annaburg.
Am Donnerstag, den 22. April gelaufen wir unsere letzten Kameraden
Wilhelm Wolke
zu letzten Ruhe. Er gehörte dem Verein, der ihm stets ein trauriges Andenken bewahren wird, 44 Jahre an.
Der Vorstand.

Bersteigerung.
Für Rechnung wen es angeht, verleihere ich am Donnerstag, den 29. April 1926, vormittags 11 Uhr in Annaburg
60 Zentner Speisefartoffeln
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Sammelplatz der Käufer an der Schule (frühere Schloßschule).
Bretlin, den 27. April 1926.
Gallo, Ober-Gerichtsvollz., daselbst.

Original-Saat-Kartoffeln „Industrie“
(selbsteisige weiße) anerkannt durch die D. L. G., hat abzugeben, a Zentner 3.50 M.
B. Lehmann, Hinterstr. 29.

Saat-Kartoffeln,
(gelbe Industrie) beste in Absatz, weißpreußischer Herkunft billigt: 1 Ctr. 2.70, bei Abnahme von 10 Ctr. je Ctr. 2.50.
Baumschulen, Böttcher.
Raasdorf (Kreis Torgau).

Ba. Rottklee Weißklee Seradella engl. Negras Thimothe Wiesenmischung Luzerne
empfeht
J. G. Fritzsche.

2 Futter-schweine
zu verkaufen. Zu erfragen in der Beschäftigte d. St.
3 Anspanner
lofort geucht.
Gertrudshof.

Ein Hund
angekauft, braun gelber Schäferhund. Abzuholen gegen Erstattung der Futter- und Insektkosten.
Kol.-Raasdorf 119, Rudloff.

La. frischen Rhabarber
empfeht
Rudolf Scheibner.

La. Rübensaft und Syrup, Pflaumenmus, Apfel-Gelee und Marmeladen
empfeht billigt
J. G. Hollmigs Sohn.

Sämtliche Lohnfahrten
übernimmt preiswert
Donath, Holzdorferstr. 49

Ba. saure Gurken
Stück von 5 Pf. an zu haben bei
J. G. Hollmigs Sohn.

la. Badobit,
wie Calliforn, Pfäumen, Ringäpfel, Wischobit, sowie sämtliche
Marmeladen
in nur guter Qualität
empfeht
Rudolf Scheibner.

Annaburger Landwehr-Verein.
Sonntag, den 2. Mai abends punkt 8 Uhr findet
Vierteljahrs-Versammlung
statt. Jährliches Ergebnis wünscht der Vorstand.

Ein gesunder Schlaf
ist das beste Kräftigungsmittel für Gesunde und Kranke. Leiden Sie an Nervosität, an Schwindelanfällen, Schlaflosigkeit, so nehmen Sie
Baldravin
so heisst neuerdings
Apothek W. Ulrichs
Baldrianwein.
Zu haben in Apotheken und Drogerien, bestimmt in der
Apothek H. Schmorde.

Immer und nur **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Zür 30 Mark Anzahlung ein Fahrrad.

Opel, Brennabor, Mifa. Monatliche Abzahlung 10 Mark, größte Auswahl am Lager.

Markt 20 **Fritz Rödler**, Fernruf 53
Reparaturwerkstatt und Emallieranstalt, Autogenschweißerei.

Die **billigsten Holzpreise** und Bauausführungen macht Ihnen **Wilhelm Runze**.

Zündapp
250 ccm. Einzylinder - Motorrad
Bremsleistung 5 1/2 PS.
Kettenantrieb (Renoldketten), 3 Ganggetriebe, Vollautom. Delung.
RM. 950.00 ab Werk.
Vertretung: **R. Gansauge, Torgau**.
Leipzigstr. 32 - Fernruf 464

Kleiderstoffe
in Wolle, und Baumwolle,
Wollmusseline :: Baumwollmusseline
Blaudruck, Gingham, Inletts, Bettzeug
fertige Bezüge
in weiß und bunt von M. 11,50 an
Sendentuch von 70 Pfg. an
Makotuch
weiße und blaue Leinwand.
Schürzenstoffe, Handtücher, Taschentücher,
Wischtücher, Tischtücher, Sophaohorer
Herren- u. Damen-Unterkleider
Einsackhemden, Veralhemden, Herrensocken
Chemifetts, Kragen und Armaten
Damen- u. Mädchen-Schlüpfer u. Strümpfe
Blaue Arbeitsjacken, Pilot- und Manchester-Hosen
zu billigsten Preisen.
Seb. Schimmeyer.

Sämtliche Bau-Artikel:
Eiserne Träger und Säulen, leichtere auch nach Maßgabe in allen Stärken werden sofort angefertigt.
Front- und Grabgitter,
Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie komplette Wasserleitungen.
Stallgitter für Schweinefalle, Schweinetröge :: Krippenschalen.
Wilhelm Grahl.

Ansichtskarten
neueste Aufnahmen vom Schloß usw.
empfiehlt **Herm. Steinbeiß, Buchhandlung**

Was sie täglich gebrauchen?
Leib-Wäsche
für Damen, Herren und Kinder
in modernen Macharten.
Größte Preiswürdigkeit, größte Auswahl.
Tischwäsche Handtücher Nur Qualitätsware! Bettwäsche Taschentücher
Carl Quehl.

Henko das altbewährte Einweichmittel!
Bleich-Soda

Verzapfe dieser Tage
1 Faß alten Johannisbeerwein
Btr. 90 Pf., Flasche o. Glas 75 Pfg.
la Limburger Käse
Pfd. 80 Pfg.
Herbert Karl Müller.

Donnerstag treffen ein
frische Seefische.
J. G. Fritzsche.

Riesen Auswahl!
Herren- und Burschen-Gummimäntel
Herren-, Burschen- u. Kinder-Anzüge
Entzückende Neuheiten in
Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider
Blusen, Röcke, Sportwesten
Damen-, Herren- u. Kinderwäsche aller Art
laufen Sie billig und gut bei
Ernst Beschke, Adlerstr. 16.
Riesen Auswahl!

Ausnahmepreis.
Chaiselongues
mit feinem und verstellbarem Kopfteil, prima Ausführung von 38.- Mark an.
Sattlerei Rich. Kirsten, Golddorf.

Der deutsche Rundfunk
die größte Funkzeitung, bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Baktierteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger.
Probnummern kostenlos vom Verlag Berlin Nr. 24

Sämtliche **Gämereien** und Getzweibeln gibt billigst ab
J. G. Holtwigs Sohn.

Honig
goldklar, heller Bienen-Schleuder-Honig, garantiert rein, Lende durchschmeckt.
10 Pfd. - Eimer M. 10,50, franko Nachn., halbe 6.- M.
Nur aus Lende-Alkanie M. 12,50 bezog. M. 7,50.
Uebereinstimmende Urteile: Wirkl. ausgezeichnet, äußerst vorzüglich, von nirgend erhalten.
Helbig, Dessau 2
Franzstraße 9.

Arbeitsbücher
find zu haben bei **Herm. Steinbeiß.**

Meine Zulassung zur **Rassenpraxis** für die Torgauer Kreis- und Landtrantentasse ist nunmehr erfolgt.
Dr. med. Springer.

Rotlauf - Schutzimpfung
Anmeldungen dazu erbittet bis 5. Mai. Für Raudorf bei Herrn Lehmann.
Tierarzt Dr. Schmidt.

Die 2. Elternversammlung findet Freitag, den 30. April 1926, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Däumichen (Gold. Ring) statt.
Annaburg, den 26. April 1926.
Schröder, Rektor.

Bekanntmachung.
Betr.: Reichsgesundheitswoche.

Am Freitag, den 30. April 1926, abends 8 Uhr wird Herr Dr. med. Springer im Gasthof „Neue Welt“ in Annaburg einen Vortrag über:

Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung
abhalten.
Die Bevölkerung wird dringend gebeten, diesen Vortrag, der im Interesse der Volksgesundheit und Volksaufklärung abgehalten wird, lebhaft zu besuchen.
Annaburg, den 27. April 1926.
Der Gemeinde-Vorstand.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Missions- Lichtbilder - Vortrag
im Lichtspielhaus in der „Neuen Welt“.
Thema: **Was wir ihnen schulden?**
Missionsbewegung in Rußland, Aethiopien, Indien und anderen Ländern
Redner: **Miff.-Sekr. Hopf-Eberswalde.**
Eintritt frei.

In den Grundstein des jetzt stehenden **Heldenbunkers** sollen die Namen aller im Weltkriege gestorbenen **Annaburger** gebracht werden.
Um das Verzeichnis möglichst vollständig zu gestalten, werden alle unsere Mitbürger, die einen lieben Angehörigen als Opfer des Krieges zu beklagen haben, gebeten, dessen Namen, Geburts- und Todestag bei Herrn **Korrektor Schober** am Dienstag und Mittwoch der beiden nächsten Wochen, also am 27. und 28. April und am 4. und 5. Mai in den Stunden von 10 bis 12 Uhr vor- mittags eintragen zu lassen.
Der Landwehr-Verein.

Neuheiten in Damen-Hüten.
Hüte zum Umprägen und Umarbeiten werden angenommen.
Gustav Albrecht.

Sütterlin-Tafeln
Sütterlin-Schreibhefte
Sütterlin-Federhalter, Schiefertafeln u. a. m. zu haben bei **Herm. Steinbeiß, Papierhandlg.**

Möbelfuhren jeder Art
übernimmt unter Versicherung sachgemäßer Verpackung von Haus zu Haus oder zur Bahn (Waggon oder Möbelwagen).
Bei Bedarf siehe mit Preisangeboten jeberzeit zur Verfügung.
Otto Scheibe, bahnamtlicher Expeditur
Annaburg, Fernsprecher 15.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Ein Jahr Reichspräsident.

Hindenburg vom 28. April 1925 bis heute.

Man kann ganz schlicht, ganz ruhig und sachlich bleiben, wenn es gilt, der ersten Wiederkehr des Tages zu gedenken, an dem des deutschen Volkes Stimme den Führer des Weltkrieges an die Spitze des Reiches berief. Die Unglückspropheten von damals sind längst verstummt, wie auch diejenigen, die den "Heiler", den sie zum Reichspräsidenten erheben wollten, wohl für besondere Zwecke in Aussicht genommen hatten. Geblieben, in aller seiner menschlichen und diesseitigen Würde, hat Hindenburg in diesem ersten Jahre seines Amtes gewaltet, nicht achtend der übertriebenen Lobhudelein auf der einen, der zuweilen noch recht deutlichen Sprache früherer Gegner auf der anderen Seite. Er ist den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit, der Mitte und der Weisheit gegangen und hat mit großem Zureden sich die rechte Mitte zu halten verstanden zwischen den Übersteigerungen einer ihm teuren Zeit und den so sehr veränderten Anforderungen und Ansprüchen der Gegenwart. Er wird, je länger er die höchste Würde des Reiches repräsentiert, um so besser vom Volke verstanden werden.

Friedlich, das Amt, das er zu bekleiden hat, ist eine Wirkungsstätte der Erziehung. Das hat sein Vorkämpfer, der erste Präsident der Deutschen Republik, ein Mann von lebhaftem Temperament und reich bewachter politischer Veranlagung, noch verhältnismäßig jung an Jahren, gewiß oft genug tiefer empfunden. Aber er hat sich, nicht nur durch seinen Eid, auch durch Einsicht und Verstand der allen Versuchungen gegen, gewissenhaft an die Grenzen der von ihm selbst mitgeschaffenen Verfassung gehalten und hat in fernestehenden Zeiten die Einheit des Reiches gewahrt. Hindenburg hat, bevor er sich dazu entschloß, die ihm angetragene Präsidentschaftsandidatur anzunehmen, keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich weder von ungesetzlicher Tatelnüt noch gar von irgendwelchem politischen Ehrgeiz befecht fühlen. Er wollte dem Vaterland ein neues, vielleicht das größte Opfer darbringen, indem er nun auch noch seinen Lebensabend im Dienste der Deutschen Republik bereits überschritten hatte, und indem er, ein Monarchist ohne Titel, aus der Hand des neuen Staates ein Amt übernahm, das ihn zu ganz besonderer republikanischer Pflichterfüllung nötigte. Hindenburg wollte dem deutschen Volk ein Beispiel geben, ein Beispiel der Einigkeit, der Treue, und der Verlässlichkeit. Der Erfolg hat gezeigt, daß dieser Wille nicht umsonst über uns gewaltet hat.

Benötigt nicht ganz umsonst. Von wenigen, politisch nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen, ist der zweite Reichspräsident von allen Seiten stets mit dem Respekt behandelt worden, der ihm seinen Verdiensten wie seiner heutigen Stellung nach gebührt, und wo er auch hintrat, hat er in Deutschland während dieses Jahres, nach Leipzig, nach München, nach Bonn, überall nur ein Mittelpunkt begehrter Bestimmungen, herrschender Meinungen. Wenn es in der inneren Politik auch unter Hindenburg Konflikte milder Art gegeben hat, an ihm hat es gewiß nicht gelegen, daß sie unermüdlich wurden. Nur in einem einzigen Fall hat er als Reichspräsident gegen Beschlüsse der üblichen verfassungsmäßigen Faktoren unsere Verfassung Einbruch erheben müssen. Die neuen Strafgesetze stimmungen gegen den Zweikampf in der Reichswehr mußten einer Revision unterzogen werden, da sie, so wie sie aus den Beratungen des Reichstages hervorgegangen waren, die Unterdrückung des Reichspräsidenten nicht fanden. Dabei standen ihm selbstverständlich verfassungsmäßige Ermäßigungen zur Seite, gegen deren Anwendung in diesem Falle auch nicht die geringste Beschwerde möglich war. In der außerordentlichen Politik dagegen ist Hindenburg den Locarnovera, der schon besprochen war, als er sein Amt übernahm, bis nach Genf mitgegangen, obwohl gewiß auch hier Bedenken nicht fehlten. In dieser Frage ganz besonders hat Hindenburgs Beispiel einen beruhigenden Einfluß gehabt, zum

mindesten auf Ton und Masse der Opposition, die geleistet wurde — und das wohl in den zersplitterten Deutschland von heute immerhin schon etwas belegen.

Das deutsche Volk dankt am heutigen Tage seinem großen Reichspräsidenten von ganzem Herzen für die Opfer, die er in diesem Jahre dem Vaterlande gebracht hat. In jeder dieser Aufgaben bleibt es, um seines Vorbildes Wert und Würdig zu erweisen!

Dr. Zh.

Aufwertung und Volkswirtschaft.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Die größere Öffentlichkeit ist kürzlich durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius etwas überrascht worden, der sich mit außerordentlich scharfen Worten gegen den Versuch wandte, durch Volkswirtschaft eine Erklärung der Reichsregierung, wonach ein solches Vorgehen gar nicht finanzfähig sei, weil Volkswirtschaft die Folgen der Geldentwertung regeln, jenen Volkswirtschaftsangehörigen seien, die den Haushaltsplan und die Abgaberegulierung zum Gegenstand haben. Verfassungsmaßig dürfen aber Volkswirtschaft über Haushaltsplan, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nicht durch ein Volkswirtschaft, sondern nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden. Am letzten Zweifel über die Ansicht der Regierung aus der Welt zu räumen, werde sie einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen, wonach ein Volkswirtschaft über Volkswirtschaft betr. „Solange der Geldentwertung“ ebenso zu behandeln ist.

Gewiß hat die Regierung das Recht, vor den schwereren Folgen nicht bloß einer neuen Ausprägung der Aufwertungsforderung zu warnen aus wirtschaftlichen, kreditpolitischen und außenpolitischen Gründen. Es ist auch ihr Recht, besonders dringend zu warnen vor einer, die außer dem unumgänglich erscheinenden Bede der beschränkten Aufwertung. Ob aber die juristischen Gründe, die sie in ihrer Veröffentlichung vorbringt, nicht sehr — zweifelndiger Natur sind, dürfte fraglich sein. Schließlich gibt es ja doch nur einen ganz geringen Kreis von Dingen, die gesetzlich behandelt werden können, ohne daß dadurch der Haushalt des Reiches, damit auch der Finanzhaushalt, nicht maßgebend beeinflusst wird. Fragen wir, ob ein Volkswirtschaft über die Aufwertung der Volkswirtschaft, über die die Wirtschaft in Deutschland, sei sie mit Aufwertung oder ohne solche. Im Erlaß der Regierung wird gerade diese letzte Frage — ausgeschlossen; es werden sich bei der Beratung des kommenden Gesetzentwurfes genügend Rechtsfragen finden, die auf den unüberwindlichen Widerspruch hinweisen werden.

Außerdem wird noch ein anderer bedenklischer Schritt getan: man kann zu den Aufwertungsgesetzen stehen wie man will, aber man muß auch zugeben, daß sie von Reichstag und von der Regierung beschlossen sind. Gegen diesen Reichstag und gegen diese Reichsregierung sehen nun die Aufwertungsgegner in einer Aktion an, zu der sie sich verfassungsmäßig berechtigt glauben. Bestreiten Reichstag und Regierung durch ein nachträgliches Gesetz diese Verfassungsmäßigkeit, verneinen sie die Aktion, so wird sie Richter in eigener Sache. Damit soll über die Zweckmäßigkeit jener Aktion gar nichts gesagt sein. Aber es liegt eine Gefahr in einem derartigen Vorgehen der Regierung, wo vielleicht der Wille des Gesetzes hart auf Lebensnotwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft prallt und dann meist — leidet. In Amerika erfolgte ja in solchen Fällen immer die Entscheidung des

völlig unabhängigen Obersten Bundesgerichts, das sozusagen Kommentator der Verfassung und der Gesetze ist. Was wir leider nicht haben.

Auf alle Fälle wird aber fest, nachdem dreiviertel Jahre vergangen sind, die Aufwertungsforderung aufgestellt, gleichgültig, ob durch ein Volkswirtschaft oder durch die Beratung des anschließenden Volkswirtschafts. Wieder werden die Meinungen hart aufeinanderstoßen, werden — schon ist es bei der Aufbringung des Volkswirtschafts geschehen — die alten parteipolitischen Labenbitter aus der Kammer herausgeholt.

Die Erklärung der Regierung.

Der von der Regierung geplante Gesetzentwurf zur Verbindung eines Volkswirtschafts zur Aufwertungsfrage wird mit folgender antizipierten Veröffentlichung angekündigt:

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volkswirtschaftsangelegenheiten beschränkt, als über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volkswirtschaftsentscheidungsfall hat. Damit sind auch Volkswirtschaftsangelegenheiten der bezeichneten Art dem Volkswirtschaftsentscheidungsfall entzogen. Dies ist geschehen, weil derartige Gesetze nicht aus dem Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Wirtschaftssystem herausgenommen werden können. Die vor und während der Geldentwertung begründeten Rechtsverhältnisse sind im Aufwertungsgebiet und im Gesetz über die Aufwertung öffentlicher Anleihen im Zusammenhang geordnet. Der Gesamtcharakter dieser Gesetze bedingt maßgebend den Gehalt des Reichs, den Finanzhaushalt zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wie überhaupt das gesamte öffentliche Finanzwesen. Er ist insbesondere auch der Gehalt der öffentlichen Haushalte. Er ist insbesondere auch die ganze deutsche Wirtschaft auf das verfassungsmäßige Verhältnis zurückzuführen. Bei funktionsmäßiger Auslegung des Artikels 73 Abs. 4 der Reichsverfassung müssen daher Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln, hinsichtlich der Volkswirtschaft den gleichen Bestimmungen unterworfen sein wie Volkswirtschaftsangelegenheiten, die den Haushaltsplan und die Abgaberegulierung unmittelbar zum Gegenstand haben. Zur Vermeidung von Zweifeln hat die Reichsregierung beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften einen Volkswirtschaftsentscheidungsfall, durch den Gesetzgebungsorgan, durch den Volkswirtschaftsentscheidungsfall, die Folgen der Geldentwertung regeln sollen, nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden kann.

Durch diese Regelung wird die Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Regierungen unter dem Vorbehalt des bereits schwebenden Volkswirtschaftsverfahrens nicht berührt.

Wie aus Kreisen der Regierung erklärt wird, würde nach dem Beschlusse Volkswirtschaftsangelegenheiten die Einstellung von 800 Millionen Mark in den Reichschat allein für die Aufwertung an Anleihen notwendig sein, während jetzt bereits 200 Millionen Mark dafür vorgesehen sind. Dazu käme noch die Entschädigung für die Aufwertungsbefreiung, die ihre Anteile bereits veräußert haben.

Nah und Fern.

Der befohlene Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Steiger, wurde beim Besuch eines Konzeris in Berlin von einem Reichstagsgesandten befragt. In der Rede wurde er befragt, ob er etwas über die Aufwertung der gartenbauwirtschaftlichen Betriebe im Reichsgebiet im Jahre 1926 zu sagen hätte.

Die Deutsche Studentenschaft ungarischer Landwirte. In Erfurt treffen Anfang Mai 50 ungarische Landwirte auf einer vom Ungarischen Ökonomieverband veranstalteten Reise ein und werden einige Tage in Erfurt verweilen, um die bedeutenden Lebensmittelpreise, vor allem aber um die Lebensmittelpreise der Gärtnereibetriebe der Stadt Erfurt kennenzulernen.

Die Lohngeheimhaltungen bei den Zehlfeldern. Zu den Lohngeheimhaltungen bei den Zehlfeldern sind noch bekannt, daß die Unterhaltungen sich auf über 100 000 Mark belaufen dürften. Bisher wurden 12 Per-

Dem Glück vergesse.

Roman von Fr. Lehne.

76. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich gehe nicht mit,“ erklärte Blanka, „gern trete ich bei meinen Blau ab, begleite du Hanna.“
„Du hast dir, Blanka! — Und dann wirst ihr ja, meine Mutter! Ich möchte in der Nähe bleiben —“
„Und zwar bei mir, Gwendoline!“ bat Johanna.
„Eine größere Freude könnte du mir nicht machen —“
Der Vorhagel Jannettens wäre in Erwägung zu ziehen! war die Kommerziantin ein. „Wenn Blanka betraut, ist mein Geld allein, und ihr beide verbleibe euch! Die Herzogin hat dich ja durch ihr großes Vermögen in die Lage versetzt, unabhängig zu leben! — Denken Sie, Axel, ist Gwendoline nicht wirklich ein Glücksfind?“ wandte sie sich an den künftigen Schwiegersohn.
„Die Herzogin von Hensheim hat ihr dreimalhunderttausend Mark vermacht, ihre sämtlichen Noten und Bücher und so viele Schmuckstücke.“
„Ja, die Baroness Reinhardt ist eine gute Partie geworden.“

Er erklärte, diese Mitteilung war ihm nicht angeheim. Was würde Gwendoline denken, wenn er eine Aussage herbeiführte? Daß ihr Vermögen ihn koste?
„Liebe Tante Elvifrost, was nützt mir das Geld, wenn —“
„Ja, rede nicht so Eitel! Es ist wahrhaftig nicht zu verdienen —“
„Ich befriedigt nur meine Arbeit.“

„Um diese Arbeit beneide ich dich eigentlich, Eitel! Du hast nur die Pflicht, schön auszusehen und schön zu singen,“ lächelte Blanka überlegen.
„Das tue ich keineswegs! Ich bin froh, daß ich gut für meine Mutter sorgen und auch alle pelmündigen Ansuchen erfüllen kann, die ihr unterzogen werden! Aber darum lege ich mir nicht auf die Bärenhaut! Ich bin an Tätigkeit und Arbeit gewöhnt —“

„Das tut sie jedes und immer!“ bemerkte Hanna.
„Ich möchte wahrhaftig das nicht alles lernen, was eine Büchsenfängerin und Sängerin zu lernen hat!“

„Dafür wird sie auch genügend belohnt!“ verjette Blanka, dann wandte sie sich an ihren Verlobten: „Du, Axel, du hast ja gar nichts, du hast mich über den doppelten Reichtum, — fündig du bist nicht auch verändert durch die Strahlen der fühligen Luft? Die Herzogin von Hensheim muß eine sehr romantische und überschweblich veranlagte Natur gewesen sein —“
„Ein Engel an Güte!“ betonte Gwendoline. „Sie glück Hanna darin, so selbstlos und so gut.“
„Wie sie hätte man wohl die schwersten Opfer bringen können?“ sagte Axel von Kronau mit Bedeutung.

„Was nennst du schwere Opfer, man aber?“ warf Blanka ein. „Eine hat sich wahrhaftig nicht geplatzt!“

Gwendoline sah Axel erstaunt an; er hatte mit so eigenfünftlicher, absichtlicher Betonung gesprochen, und sein Blick hielt den ihren fest, halb liehend, halb beschend, als ob er ihr etwas zu sagen hätte. Doch es gelang ihm nicht, auch nur ein Wort unbeachtet mit ihr zu wechseln, da Blanka nicht von seiner Seite wich. Und als er ging und ihr zum Abschied die Hand reichte, umschloß er ihre Rechte mit seinen Druck; aber schloß, wie schloß ruhte ihre Hand in der seinen — fremd sah sie an ihm vorbei, was wollte er denn noch von ihr?

Johanna Elvifrost füllte sich am nächsten Tage etwas angegriffen, so daß sie auf den Besuch der „Meisterfinger“ verzichtete und Gwendoline allein in das Prinzregententheater ging, da Blanka und die Wäin keine Lust hatten.

Die Menge gekippter, eleganter Leute stand vor dem Portal, an dem ein Auto nach dem anderen vorfuhr, um die Wartenden stadelmürrig zu befördern. Es war ein wundervoller Sommerabend. Weich und lind ging die Abendluft, und unzählige Sterne blinkten am nachdunkeln Himmelsgewölbe.

Gwendoline überlegte einen Augenblick. Es war so herrlich, daß sie vorzog, noch einige Minuten zu gehen, um die herrliche Musik in sich nachhingen zu lassen. Langsam und in ihr träumerisches Sinnen verloren, schlenderte sie nach dem Friedensdenkmal. Dort blieb sie stehen und schaute traumverloren auf die Stadt. Leuchtenden Perlenketten

gleich zogen sich die Bogenlampen durch die Luft und geheimnisvoll rauchte die Luft zu ihr empor.

Jetzt wandte sie sich um nach einem Wagen oder nach der Straßenbahn; es wurde Zeit, heimzufahren; Hanna wartete sicher schon.

Da trat ihr jemand in den Weg. Sie stieß einen leisen Schrei aus. Es war doch unmöglich für ihr gewesen, sich allein hier zu wagen.

„Ich bin es, Gwendoline!“ schlug eine wohlbekannte Stimme an ihr Ohr.

Axel Kronau war es, der nach ihrer Hand sah, die sie in den Falten ihres schwarzen Seidenmantels barg. „Herr von Kronau,“ wie sie ihm antwortete.

„Nicht lo, Gwendoline! Ich muß dich sprechen. Von Blanka mußte ich, daß du insolge von Hannas Unfähigkeit, allein ins Theater gegangen warst — und so habe ich dich erwartet —“

„Wir haben uns doch aber nichts, gar nichts zu sagen, Herr von Kronau! Bitte, lassen Sie mich frei, ich möchte jetzt gehen!“

„Nein, Gwendoline — erst höre mich an!“ Ohne weiteres zog er ihren Arm durch den seinen und führte sie in die Anlagen. Sie mußte ihm folgen, so fest hielt er sie.

„Ihre Braut, Herr von Kronau?“
„Sprich nicht in dieser Stunde, die uns beiden gehört! — Gwendoline, vergiß mich, daß ich einst blind vor Eiferlust war und dich so schwer trank.“

„Daß dadurch meines Lebens Glück in Trümmern ging,“ vollendete sie. „Woher aber jetzt diese Erkenntnis?“
„Ich weiß, daß du um die Herzogin, deiner Freundin willen, geschwiegen hast, ich weiß es von ihr selbst — sie hat mir geschrieben —“

„Maria Christina hätte — dir — geschrieben?“ In ihrer großen Ueberzeugung gebrauchte sie wieder das Du.
„Ja, Gwendoline! Hier willst du lesen?“
Es blieb unter einer Laterne stehen und nahm aus seiner Brusttasche einen Brief, der die seinen, künftigen Schriftzüge Maria Christinas trug.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Geschäftsstellen, Zergauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. ersichtlicher Unmöglichkeit der
Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Verkehrs-Anschluss Nr. 24.

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Mil-
limeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einsch. Umkleifeuer, Scherzblätter
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. 111.

Nr. 34.

Mittwoch, den 28. April 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der vom Völkerrundrat einberufene Ausschuss zur Vor-
bereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist in Genf eröffnet
worden.

Die in Amerika so erfolgreichen deutschen Weichschwämme
haben auch in Frankreich, über Hamburg kommend, in
Berlin ein. Sie wurden an beiden Orten feierlich begrüßt und
werden auch vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen
werden.

Der bayerische Staatsminister a. D. von Brauer ist in
Guben-Aden gestorben.

Die berühmte schwedische Schriftstellerin und Wortkämpferin
für die Frauen Ellen Key ist gestorben.

Konfliktstoff innen und außen.

Aus politisch gut unterrichteten Kreisen wird uns ge-
schrieben:

Zusammentritt des Reichstages, der Dienstag
seine Arbeit beginnt, Zusammentritt des Auswärtigen
Rats, der Montag seinen Arbeitstag beginnt, das sind die
wichtigen Ereignisse der Woche. Und um Beratungsstoff hoch-
politischer Art ist weder der Auswärtige Ausschuss noch
der Reichstag in Verlegenheit. Beratungsstoff außen-
politischer Art, Beratungsstoff aber auch innen-
politischer Art gibt es die Fülle und Fülle. Das ist
zunächst das deutsch-russische Bündnis. Man
wird hier darüber sprechen und diskutieren, ob die gegen-
wärtigen Bindungen dieses Bündnisses, das am Sonnt-
tag in Moskau in auffallend feierlicher Form ver-
bunden worden ist, nun als ein deutscher Erfolg zu buchen ist
oder nicht. Es gibt Strömungen in Deutschland, die
diesen Vertragsabschluss deswegen tadeln, weil er in Lon-
don und Paris Mißtrauen gestiftet haben soll. Auf der
anderen Seite werden von der parlamentarischen Oppo-
sition die Deutschnationalen diesen Vertragsabschluss
billigen, weil dadurch ein besonderes Beden-
ken dieser Partei gegen die Entwicklung von Socarno und
Genf beseitigt wird: die einseitige Bindung nach dem
Westen. Der Führer der Deutschnationalen, Graf
Helldorf, hat Sonntag auf diesen Punkt hingewiesen. Es
war von der Bedeutung dieses Bündnisses zu sprechen,
denn Socarno ebenso wie Genf sind auf Gebiete und Ver-
ständnisse ausgedehnt worden. Durch den deutsch-
russischen Vertrag ist diese Befreiung ausgedehnt worden
und infolgedessen wird der Leiter der deutschen Außen-
politik, Dr. Stresemann, in diesem Punkte die Billi-
gung auch innerpolitischen Gegnern finden.

Eine Billigung, die sich allerdings lediglich auf den
deutsch-russischen Vertrag beschränkt. Die Generalfrei-
heit gegen die Socarnopolitik als solche hat nun jedoch
eine besonders bemerkenswerte Unterstützung gefunden.
Das sind die Ausführungen, die der bayerische
Ministerpräsident Held auf einer Tagung der
Bayerischen Volkspartei in Regensburg gemacht hat und
die sich sehr deutlich gegen die Socarnopolitik der Reichs-
regierung wenden. „Was mir bisher von Socarno erlöst
haben, ist nur eine Kette von Enttäuschungen; das soll be-
sonders für die Pfalz, wo die Dinge eher noch schlechter
geworden sind als sie es schon waren,“ sagte Held. Er ist
fogar noch weitergegangen; er hat den Völkerrund als ein
Instrument der Siegerstaaten bezeichnet, das den
Zweck habe, uns an die Wand zu drücken. „Deutschland
kann sich außerhalb des Völkerrundes viel härter geltend
machen, als es im Völkerrund möglich ist, und es ist eine
Frage für sich, in die Völkerrundkommission hineinzu-
gehen ohne zu wissen, welche Zuständigkeit diese Kom-
mission hat,“ sagte Held und wendete sich schließlich gegen
eine Westpolitik, die sich stimmungsgemäß antrifflisch ein-
stellen müsse; das Ganze ist also eine scharfe Kritik der
offiziellen deutschen Westpolitik. Damit ist ein innen-
politischer Konflikt geschaffen, der weit scharfer ist als
jener, den die Rede Helldorfs gegen die italienischen Aber-
griffe in Sidirio auslöste und der durch Dr. Strese-
mann in Reichstagsauschuss ganz unbehindert zugegeben wurde.
Bietet also die auswärtige Politik des Reiches Kon-
fliktstoff genug, so ist natürlich die brennende Frage der
Friedenspolitik ein nicht minder schwerwiegendes
innenpolitisches Konfliktstoff. Was der Reichsausschuss
schließlich antwortet, ist ganzlich ungewiss; die
wenigen Tage, die bisher mit der Beratung des Kom-
promisses über die Friedensabfindung verstrichen sind,
haben schon gezeigt, daß diese Frage zu sehr weitgehenden
innenpolitischen Umschichtungen führen könnte. Es ist
gar nicht ausgeschlossen, daß der Kampf um diese Vorlage
zu einer völligen Umstellung der Regierungsa-
ktionen führen kann. Man munkelt sogar schon von
einer Reichstagsauflösung; doch scheint ein der-
artiges letztes Mittel wohl abhängig gemacht zu werden

von dem Ausgang des Volksentscheides, der ja
insbesondere ein Bild von dem Ausgang einer
solchen Auflösung zu machen.

Webes, außen- wie innenpolitische Probleme, sind
natürlich auch wieder nicht getrennt zu betrachten. Eine
andere Orientierung der deutschen Politik, innenpolitisch
gesehen, würde natürlich auch wieder ohne eine außen-
politische Umstellung nicht zu denken sein. Die Basis, auf
der das Kabinett Dr. Zuber-Stresemann steht, ist so
schmal, daß sie eine Erschütterung, wie sie durch die
Rede Helldorfs erfahren hat, unter Umständen nicht ertragen
könnte. Es ist wohl damit zu rechnen, daß Dr. Helldorf,
der immer größtes Gewicht auf Klärung der Situation zu
legen pflegt, sehr bald auch jetzt wieder eine solche Klärung
herbeiführen wird. Die Beziehungen, die von der
Deutschen Volkspartei her zu den Deutschnationalen
hinübergehen, sind gerade in letzter Zeit sehr stark
betont worden; selbstverständlich ist das nicht ohne eine
gewisse Absicht geschehen. Die Gegensätze der Regierungs-
koalition gegen die Linksopposition andererseits sind zweifel-
los sehr scharf geworden; das beschränkt sich nicht bloß
auf die angebotenen innenpolitischen Probleme, sondern
auch auf die Methoden — nicht das Ziel — unserer Außen-
politik. Die Luft ist also mit Konfliktstoff gesättigt.
Die Frage des Volksentwehrens über die Aufwer-
tung kommt noch hinzu, so daß es fast ein Verdienst wäre,
wenn sich diese gespannte Lage recht schnell in einen
reintönen parlamentarischen Gewitter entladen würde.

Deutsch-russischer Vertrag. Der Wortlaut des deutsch-russischen Vertrages.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken, von dem Wunsche geleitet,
alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen
Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das
Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken eine feste vertrauensvolle
Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen
ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen
besonderen Vertrag zu befestigen, und haben zu diesem
Zwecke die nachfolgenden Artikel beschlossen:

Artikel 1.
Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken, den ankerordentlichen und be-
vollmächtigten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Nikolai Mikojanewitsch und die nach ihm
in guter und gehöriger Form befindlichen Dolm-
schende Bestimmungen vereinbart haben.

Artikel 2.
Die Grundlage der Beziehungen zwischen
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Vertrag von Kapalla.

Die deutsche Regierung und die Regierung
der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden in
sicherer Fühlung miteinander bleiben, um über alle
Länder gemeinsam beruhenden Fragen politischer
scharfartiger Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 3.
Sollte einer der vertragsschließenden Teile
Verhältnissen von einer dritten Macht oder von meh-
reren Mächten angegriffen werden, so wird der an-
geschlagene Teil während der ganzen Dauer des Kon-
flikts beistehen.

Artikel 4.
Sollte aus Anlaß eines Konfliktes, der in
wählter Art oder auch zu einer Zeit, in der sich
vertragsschließenden Teile in kriegerischen Ver-
hältnis befinden, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu
geschloffen werden, gegen einen der vertragsschließenden
einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu
sich zu ziehen oder andere vertragsschließende Teile
Koalition nicht angeschlossen.

Artikel 5.
Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifi-
kationen in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt in Kraft nach dem Austausch der Ratifikations-
urkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren.
Die beiden vertragsschließenden Teile werden sich rechtzeitig
vor Ablauf dieser Frist über die weitere Befahrung ihrer
politischen Beziehungen verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Ver-
trag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am
24. April 1926.

(ges.) Stresemann,
(ges.) Krekinstki.

Amtlicher Notenwechsel. Das deutsche Schreiben.

Die deutsche Note nimmt Bezug auf die vorhergehenden
Verhandlungen und stellt dann fest, daß beide Regierungen
von der Auffassung ausgegangen sind, daß der von ihnen in
Artikel 1 Absatz 2 des Vertrages festgelegte Grundlag der
Verständigung über alle die beiden Länder gemeinsam be-
ruhenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art wesentlich
zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens
beitragen wird. In diesem Sinne haben die beiden Re-
gierungen auch die grundsätzlichen Fragen erörtert, die mit
dem Eintritt Deutschlands in den Völkerrund zusammenhängen.
Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Zugewin-
nung Deutschlands zum Völkerrund kein Hindernis für die
freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen
Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubli-
ken bilden kann. Der Völkerrund ist seiner grundlegenden
Idee nach zur friedlichen und gerechten Auslegung inter-
nationaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche Regierung ist
entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften
mitzuarbeiten. Sollten dagegen, was die deutsche Regierung
nicht annimmt, im Rahmen des Völkerrundes irgendwelche
einen Behauptungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener
grundlegenden Friedensidee, einseitig gegen die Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde
Deutschland beratigen Behauptungen mit allem Nachdruck
entgegenwirken.

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grund-
sätzliche Einstellung der deutschen Politik gegenüber der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken auch nicht durch die lokale
Beobachtung der Verpfändungen beeinträchtigt werden kann,
die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerrund
aus den Artikeln 16 und 17 der Völkerrundabmachung über
das Sanktionsverfahren ergeben würden. Nach diesen Artikeln
läge ein Sanktionsverfahren gegen die Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken, abgesehen von weiteren Voraus-
setzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen
dritten Staat eröffnete.

Das Schreiben ist unterzeichnet von dem Reichsaußen-
minister Dr. Stresemann.

Die russische Antwort.

Der russische Vorkonferenzenantwort:
Beide Regierungen sind bei den Verhandlungen über den
Vertrag und bei dessen Unterzeichnung übereinstimmend von
der Auffassung ausgegangen, daß der von ihnen in Artikel 1
Absatz 2 des Vertrages festgelegte Grundlag der Verständi-
gung über alle Länder gemeinsam beruhenden
politischen und wirtschaftlichen Fragen wesentlich zu der Er-
haltung des allgemeinen Friedens beitragen wird. In diesem
Sinne haben die beiden Regierungen auch die grundsätzlichen
Fragen erörtert, die mit dem Eintritt Deutschlands in den
Völkerrund zusammenhängen. Die deutsche Regierung ist
überzeugt, daß die Zugewinnung Deutschlands zum Völkerrund
kein Hindernis für die freundschaftliche Entwicklung der
Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken bilden kann. Der Völkerrund ist seiner
grundlegenden Idee nach zur friedlichen und gerechten Aus-
legung internationaler Gegensätze bestimmt. Die deutsche
Regierung ist entschlossen, an der Verwirklichung dieser Idee
nach Kräften mitzuarbeiten. Sollten dagegen, was die deutsche
Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völkerrundes
irgendwelche Behauptungen hervortreten, die im Widerspruch
mit jener grundlegenden Friedensidee, einseitig gegen die
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gerichtet wären,
so würde Deutschland beratigen Behauptungen mit allem
Nachdruck entgegenwirken.

Swärtige Politik.

Deutsch-russischer Vertrag.
des Zentralerfuhrungsorgans der
samt der stellvertretende Volks-
e Angelegenheiten, Litwinow,
Völkerrund und gegen die Ab-
gewandt hatte, auf den Ab-
russischen Vertrages
bei aus:

Vertrag beruht auf der über-
beider Länder, daß es im
geht, das auf gegenwärtigen Ver-
und schaftlich zu fest-
t seine geheimen Klauseln und
Protokolle als Ergänzung zu
trag stellt lediglich eine Prä-
fragen von Kapalla dar,
samt der freundschaftlichen Beziehungen
beider Länder, der übereinstimmend ihrer Interessen und
der gefährlichen außenpolitischen Lage werden. Litwinow
wies auf die im Gegensatz zu anderen Mächten von Rus-
land geführte Friedenspolitik hin und fuhr dann fort:
Die von der europäischen Diplomatie und Presse fälschlich
aufgeworfene Frage, ob der Berliner Vertrag im
Rahm der Verständigung über die Beziehungen zwischen
Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ist eine Frage, die eher an Deutschland als an die Sowjetunion
gerichtet ist. Diese braucht sich vor niemandem